

Sitzungsperiode 2021-2022  
Sitzung des Ausschusses II vom 11. Januar 2022

---

### FRAGESTUNDE\*

- **Frage Nr. 879 von Herrn NELLES (CSP) an Ministerin WEYKMANS zu gemeinnützigen Arbeiten für Arbeitslose, die länger als zwei Jahren auf Jobsuche sind**

Pressemeldungen zufolge sollen Personen, die in Flandern länger als zwei Jahre arbeitslos sind, ab 2023 eine gemeinnützige Arbeit zugewiesen bekommen können<sup>1</sup>. Genannt wurden Aufgaben in lokalen Verwaltungen - etwa als Betreuer des Schulbusses, im Gartenbau oder in der Straßenreinigung. Wer sich weigert, riskiert den Verlust seiner Sozialleistungen. Begründet wird diese Maßnahme durch die Thesen, dass Menschen, die seit mehr als zwei Jahren einen Job suchen, sehr weit vom Arbeitsmarkt entfernt seien und dass gemeinnützige Tätigkeit die Arbeitsmoral schärfen könne. Über diese Entscheidung besteht in Flandern offenbar Einvernehmen auf Regierungsebene.

Vor diesem Hintergrund möchte ich folgende Fragen stellen:

- *Wie steht die DG-Regierung zu dieser Maßnahme?*
- *Ist zu erwarten, dass sie auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeführt wird?*

- **Frage Nr. 880 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerin Weykmans zu Langzeitarbeitslosigkeit und gemeinnütziger Arbeit**

Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit ist seit vierzig Jahren eine dauerhafte Herausforderung in der Beschäftigungspolitik. In den letzten Wochen konnte man in der Frage der Mittel zur Bekämpfung dieser Langzeitarbeitslosigkeit ein Auseinanderdriften zwischen dem Norden und den Süden des Landes beobachten. Flandern erregte Mitte Dezember Aufsehen mit dem Vorschlag ab 2023 die Auszahlung von Arbeitslosengeld für Langzeitarbeitslose an die Ausübung gemeinnütziger Arbeit, eines Zivildienstes, zu koppeln. Laut der flämischen Arbeitsministerin Hilde Crevits (CD&V) (GE vom

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

<sup>1</sup> Vgl. u.a.:

<https://trends.levif.be/economie/entreprises/polemique-sur-le-travail-force-des-chomeurs-de-longue-duree-en-flandre/article-normal-1504079.html>

<https://www.vrt.be/vrtnws/fr/2021/12/16/en-flandre-les-chomeurs-de-longue-duree-vont-devoir-effectuer-d/>

<https://www.lesoir.be/412665/article/2021-12-16/flandre-des-travaux-dinteret-general-pour-les-chomeurs-de-longue-duree>

<https://www.lalibre.be/belgique/politique-belge/2021/12/16/des-travaux-dinteret-general-pour-les-chomeurs-de-longue-duree-en-flandre-BMDLRWX5P5BG3M6KZLQ2MKHG4I/>

Grenzecho, 17.12.2021

16. Dezember 2021) soll diese Maßnahme einen niederschweligen Berufseinstieg ermöglichen, den Erwerb von Kompetenzen fördern und schlussendlich Enthusiasmus vermitteln wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Quasi zeitgleich werden in der Wallonie und Brüssel andere Töne angeschlagen. Im Grunde geht es hier ebenfalls um Langzeitarbeitslose und Dienst an der Allgemeinheit. Der Ansatz unterscheidet sich nur wesentlich. Schon in den jeweiligen *déclarations de politique générale* der Region Brüssel Hauptstadt und der Wallonie war die Rede von Experimenten mit "Zonen ohne Langzeitarbeitslose". Diese "*territoires zéro chômeurs longue durée*" (TZCLD) werden bereits seit 2017 in Frankreich an verschiedenen Orten umgesetzt. Die Initiative geht über eine Arbeits-Garantie (einen unbefristeten Arbeitsvertrag) für alle hinaus und zielt darauf ab, verschiedene Bedürfnisse eines Gebiets zu erfüllen, die der freie Markt nicht abdeckt. Welche Dienstleistungen gebraucht und wünschenswert für eine definierte Zone sind, soll demokratisch und partizipativ definiert und gestaltet werden. Es geht darum sichere Arbeitsplätze zu schaffen die einen gesellschaftlichen Mehrwert bringen - für die Zonen aber auch für die Menschen ohne Arbeit. Eine Studie des Forschungsinstituts für Arbeit und Gesellschaft an den Uni Löwen hat die Kosten-Nutzen Rechnung einer solchen Maßnahme ermittelt und kommt zu einem positiven Schluss: In Langzeitarbeitslose investieren bringt einen gesellschaftlichen Mehrwert. Der direkte und indirekte Nutzen für die Allgemeinheit würde bereits nach dem dritten Jahr ein positives Saldo aufweisen. Nach 10 Jahren sei der Nutzen 3 mal höher als die Kosten. Angepasste Arbeitsplätze würden z.B. in Sozialbetrieben, in der Kreislaufwirtschaft, in der Kinderbetreuung und im Tourismus angesiedelt

Es tut sich also viel im Inland - wenn auch mit sehr verschiedenen Herangehensweisen. Wobei ich sagen muss, dass ich der flämischen Herangehensweise nicht sehr viel abgewinnen kann. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft existiert ein solides Netzwerk an Sozialbetrieben und beruflicher Eingliederung. Die Beschäftigungspolitik konzentriert sich vor allem auf die Aktiv bzw. AktivPLUS-Zuschüsse an Arbeitgeber. Dennoch stellt sich die Frage, welche zusätzlichen Mittel zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit auch bei uns interessant wären.

Daher meine Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Angesichts dieser Entwicklungen, wie sieht der Kurs der Deutschsprachige Gemeinschaft in Bezug auf das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit aus?*
- *Was halten Sie von der Idee die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit an Maßnahmen für das Gemeinwohl zu koppeln?*
- *Besteht ein Interesse daran, zu der Herangehensweise nach dem Prinzip der „Territoires zéro chômeurs longue durée“ mit Akteuren aus dem Sektor in der DG, der Wallonischen Region und Brüssel auszutauschen?*

• **Frage Nr. 881 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerin Weykmans zum Kultursektor Ostbelgien – Stand der Dinge**

In den zuletzt beschlossenen Maßnahmen des Konzertierungsausschusses – wir sprechen hier vom Dezember 2021 - wurde vor allen Dingen der Kultursektor in seinen Aktivitäten ausgebremst.

Ein kompletter Sektor der seit dem Ausbruch der Pandemie stark leidet!

Obschon die seit dem Sommer 2021 stattfindenden Test- und Pilotprojekte gezeigt haben, dass mit einer gründlichen vorhergehenden Organisation und der Einhaltung der geltenden Maßnahmen das Stattfinden von kulturellen Aktivitäten in einem sicheren Rahmen möglich ist!

So ist vor allem die Nutzung des CST zu einem essenziellen Instrument geworden, damit alle wieder an der Kultur teilhaben können.

Allerdings derjenige der heute eine Veranstaltung plant, ist leider nicht sicher, ob die heute geltenden Maßnahmen auch am Tag der Veranstaltung aktuell sind.

Desto mehr war eine am 22.06.2021 vom Ministerium gestartete Initiative in Form eines WEBINARS zur "Organisation von Kulturveranstaltungen unter Corona-sicheren Bedingungen", zu begrüßen.

Die Webinare richteten sich zum einen an die Vertreter der Gemeinden und zum anderen an die Kulturträger und -veranstalter der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Beide Webinare gaben den Teilnehmenden im Anschluss Anlass zu Austausch und Fragenstellung.

In Anbetracht dessen, dass Maßnahmen aufgrund der Entwicklung der Pandemiezahlen stetig angepasst werden können bzw müssen, möchten wir Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Sind nach dem 22.06.2021 weitere Webinare zur Organisation im kulturellen Sektor gemacht worden?*
- *Welche Ansprechpartner stehen den Kulturschaffenden außerhalb der FAQs zur direkten Beantwortung ihrer spezifischen Fragen zur Verfügung?*
- *Warum wird in den meisten Kommunikationskanälen weiterhin zwischen Test- und Pilotprojekten sowie (Gross)Veranstaltungen unterschieden, wo doch das CST mittlerweile in allen Sektoren zur Anwendung kommt?*

• **Frage Nr. 882 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Ministerin Weykmans zu den Animatorenausbildungen der Jugendorganisationen**

In Ihrer Antwort auf meine schriftliche Frage Nr. 203 zum Zuwachs in den Jugendorganisationen haben sie angegeben, dass in den zwei letzten Jahren ein starker Rückgang bei der Ausstellung von Animatorenausweisen zu verzeichnen ist. Die Ausbildungsanbieter mussten pandemiebedingt ihre Grundausbildungen absagen bzw. verschieben. Einige Weiterbildungsangebote konnten digital stattfinden. Andere Schulungen waren für Ende 2021 angesetzt. Ob diese tatsächlich stattgefunden haben, weiß ich nicht. Die Lagerbetreuer 2021 wurden ausnahmsweise von der Auflage des Besitzes eines Animatorenausweises befreit. Laut Ihren Informationen sei die Qualität und Sicherung des Betreuungsangebots davon bisher nicht beeinträchtigt. Die Entwicklung gilt es im Auge zu behalten um ggf. auf etwaige Entwicklungen reagieren zu können.

Man kann davon ausgehen, dass es in den kommenden Jahren einen Nachholeffekt geben wird, mit weitaus mehr Teilnehmern als bisher. Schlussendlich ist aber nicht alleine der Ausweis wichtig - ich bin die eine große Verfechterin dieser Ausbildungen und der Erfahrungen, die Jugendliche dort machen. Die nötigen Kompetenzen sind ausschlaggebend für ein qualitatives Jugendangebot. Es geht ja im Straßenverkehr auch nicht um den Besitz des Führerscheins als vielmehr darum, Autofahren zu können und die Verkehrsregeln zu kennen.

In diesem Zusammenhang hätte ich folgende Nachfragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Können Sie ermitteln, wieviele Animatorenausweise seit Beginn der Pandemie aufgrund nicht stattgefundener bzw. nicht-abgeschlossener Ausbildungen nicht erteilt werden konnten?*
- *Welche Lösungen werden vorgesehen, um mit einer größeren Teilnehmerzahl in den kommenden Jahren, bedingt durch den oben genannten Rückstau, umzugehen?*
- *Wird es in der Zwischenzeit punktuelle und maßgeschneiderte Angebote (z. B. in Kleingruppen, online,...) geben, die dafür sorgen, dass die neuen Leiter trotzdem wichtige Werkzeuge in die Hand bekommen bzw. Kompetenzen vermittelt kriegen um ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung gerecht zu werden? Sie sollen ein gutes Gefühl bei ihrer Ehrenamtlichen Arbeit haben.*

• **Frage Nr. 883 von Herrn SPIES (SP) an Ministerin Weykmans zur Tourismuslenkung**

Wir alle können uns sicherlich noch gut an den Massenansturm auf das Hohe Venn zu Beginn des vergangenen Jahres erinnern. Unzählige Tagestouristen traten damals die Reise nach Ostbelgien an, um hier in der wunderschönen Winterlandschaft ein wenig Zeit zu verbringen.

Wie wir alle wissen, hat dies jedoch für ein erheblichen Chaos gesorgt, welches schlussendlich zu einer Vollsperrung der Vennstraße geführt hat.

Eine Entscheidung die damals einerseits durchaus nachvollziehbar war, gleichzeitig jedoch auch für heftigen Unmut gesorgt hat.

Auf Nachfrage bestätigten Sie im Ausschuss, dass die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft damals nicht in die Entscheidung einer Sperrung einbezogen wurde, sondern lediglich durch die Bürgermeister und den Provinzgouverneur informiert wurde.

Als Reaktion auf den damaligen Besucherandrang im Hohen Venn wurde jedoch letztes Jahr im Januar zeitnah eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Diese hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Konzepte zu erarbeiten, die sowohl für den Winter- als auch für den Sommertourismus genutzt werden können und nicht zuletzt auch bei Notfällen im Hohen Venn greifen sollen. Konkret ging es also um die Generierung von Parkflächen, den Ausbau eines Parkleitsystems sowie um die Lenkung des Tourismus im Allgemeinen.

Vertreten in dieser Arbeitsgruppe waren beziehungsweise sind die Dienste des Provinzgouverneurs, die Bürgermeister der Gemeinden Bütgenbach und Weismes, die Polizeizonen Weser-Göhl und Stavelot, die Föderale Polizei, die Forstverwaltung, die Straßenbauverwaltung und zu guter Letzt die Tourismusagentur Ostbelgien.

Angesichts der Tatsache, dass für das kommende Wochenende und darüber hinaus wieder Schneefälle angekündigt werden, möchte ich die Gelegenheit nutzen diese Thematik nochmals aufzugreifen und Ihnen folgende Fragen zu stellen:

- *Inwiefern ist die Deutschsprachige Gemeinschaft nun auf eine breitere Verteilung der Tagestouristen vorbereitet?*
- *Sollte es in diesem Jahr wieder zu einem Touristenansturm kommen, inwiefern wird dann die Deutschsprachige Gemeinschaft in mögliche Entscheidungen seitens der Gemeinden und der Provinz mit einbezogen?*
- *Wie gestalten sich die Konzepte der besagten Arbeitsgruppe?*